Von: [Jörg Rupp, Vorsitzender FW/UWG-Fraktion](#)
An: [Kreistag](#)
Cc: [Fraktion](#)
Betreff: [Extern] Zwei Anfragen der FW/UWG-Fraktion
Datum: Mittwoch, 8. November 2023 17:38:55

Achtung: Diese E-Mail wurde von außerhalb der Organisation empfangen. Klicken Sie nicht auf Links oder öffnen Anhänge, sofern Sie den Absender nicht kennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit senden wir Ihnen folgende zwei Anfragen,

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Rupp, FW/UWG-Fraktion

1. Anfrage zur "Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg"

Die "Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg" regelt die Bedingungen für die Kindertagespflege in dieser Region. Sie legt fest, wie die Betreuung und pädagogische Unterstützung für Kinder sichergestellt werden sollen. Die Satzung regelt auch die Staffelung der Kostenbeiträge, die von den Eltern bezahlt werden müssen, abhängig von ihrem Einkommen. Zusätzlich sieht sie vor, dass finanzielle Unterstützung in Form einer Geldleistung gewährt werden kann, um sicherzustellen, dass auch Familien mit geringem Einkommen Zugang zu hochwertiger Kinderbetreuung haben. Insgesamt trägt die Satzung dazu bei, dass die Kindertagespflege im Landkreis Darmstadt-Dieburg auf einem hohen Qualitätsniveau angeboten wird und für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich ist, um die optimale Entwicklung der Kinder zu fördern.

Im Jahr 2020 wurde die aktuelle Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg beschlossen. Aufgrund deutlicher Veränderungen, wie zum Beispiel spürbarer Steigerungen der Energie- / Lebensmittelkosten und Inflation, ist es nun erforderlich, die Satzung anzupassen. Diese Anpassungen sind notwendig, um sicherzustellen, dass die finanziellen Belastungen für die Eltern angemessen bleiben und gleichzeitig die Qualität und Zugänglichkeit der Kindertagespflege im Landkreis aufrechterhalten werden können.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen zur "Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg".

1. Wie und welche Maßnahmen können ergriffen werden, um die bindende Wirkung des Satzungsbeschlusses über die "Satzung über die Teilnahme an der Kindertagespflege, die Erhebung von Kostenbeiträgen und die Gewährung einer laufenden Geldleistung im Landkreis Darmstadt-Dieburg" vom 14.12.2020 in einzelnen Paragraphen neu zu vereinbaren?

2. Wann (Datum) ist geplant, die Satzungen zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Verpflegung bei Tagespflegepersonen anzupassen, nachdem Kindergärten bereits ihre entsprechenden Anpassungen vorgenommen haben?

3. Welche Schritte hat die Kreisverwaltung unternommen, um den Rückstand bei der Bearbeitung von Förderungsanträgen, z.B. für Investitionen, von Tagespflegepersonen aufzuholen und die Auszahlung der Fördergelder zu veranlassen?

4. Wie lässt sich die aktuell längere Bearbeitungszeit für Anträge auf laufende Geldleistungen zur Förderung in der Kindertagespflege gemäß § 23 SGB VIII im Vergleich zur vorgeschriebenen dreimonatigen Antragsfrist verkürzen?

5. Welche Fortbildungsmaßnahmen werden aktuell anerkannt und vergütet, und ist geplant, die aufgewendete Arbeitszeit für die Erstellung des Schutzkonzeptes ebenfalls als Fortbildungsmaßnahme anzuerkennen und zu vergüten? Wenn nicht, was sind die Gründe dafür?

6. Wie werden die Tagespflegepersonen bei der Erstellung des Schutzkonzeptes unterstützt, das gemäß der Vereinbarung zur Sicherstellung des Kindeswohls bis zum 31.12.2023 mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe geschlossen werden muss? Und besteht die Möglichkeit, eine Fristverlängerung zu beantragen?

7. Welche Maßnahmen gibt es bzw. sind geplant, um die derzeitige Vor- und Nachbearbeitungszeit von 1 Stunde pro Monat und Kind zu erweitern und zu vergüten, besonders vor dem Hintergrund, dass diese Zeit bereits deutlich durch Elterngespräche, Elternabende und Dokumentationen für und zum Kind überschritten wird?

8. Ist es möglich, neben der bestehenden Satzung zusätzliche Vereinbarungen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen durch den Landkreis zu treffen, wie beispielsweise einen erhöhten Zuschuss für Essenskosten oder Ausgleich für zusätzliche Belastungen? Falls ja, könnten Sie bitte erklären, wie der entsprechende Antrag gestellt werden muss und welche Vorgehensweise dabei zu beachten ist?

2. Anfrage zu unterlassenen und falschen Meldungen steuerlicher Daten von Kindertagespflegepersonen für die Jahre 2018 - 2021 durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg

Nach § 93 c der Abgabenordnung (AO) ist der Landkreis zur Übermittlung steuerlicher Daten der Kindertagespflegepersonen im Landkreis an die Finanzbehörden verpflichtet. Das hat "bis zum letzten Tag des Monats Februar des folgenden Jahres nach amtlichem vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung über die amtlich bestimmte Schnittstelle" zu erfolgen.

Die Übermittlung eines großen Teiles der steuerlichen Daten von Kindertagespflegepersonen aus dem Landkreis für das Jahr 2018 erfolgte durch das zuständige Jugendamt jedoch erst am 24.09.2019. Für die Jahre 2019 - 2021 sind die Meldungen teilweise bis heute nicht erfolgt.

Einige der erfolgten Meldungen waren zumindest teilweise falsch, weil Nachzahlungen und Erstattungen vergessen oder falsche Zahlen gemeldet worden sind. Dadurch konnten durch die Tagespflegepersonen die Fristen zur Abgabe der Steuererklärung nicht eingehalten werden.

Einzelne Tagespflegepersonen müssen bis zu 10.000 Euro für die Jahre 2019 - 2021 nachzahlen.

Dadurch geraten Kindertagespflegepersonen in finanzielle Nöte, da die Bildung von Rücklagen aufgrund von Corona, gestiegener Energiekosten und hoher Inflation in den letzten Jahren kaum möglich war. Eine Stundung der Steuerschulden beim Finanzamt geht nur bis zu 6 Monaten, Banken vergeben dazu i.d.R. keine Kredite.

Außerdem entstehen durch die fehlenden Meldungen Verzugszinsen, sofern eine Steuernachzahlung festgesetzt wird.

Deshalb fragen wir den Kreisausschuss:

1. Treffen die oben beschriebenen Sachverhalte zu?
2. Warum sind die Meldungen an das Finanzamt nicht fristgerecht erfolgt?
3. Wie viele Tagespflegepersonen sind betroffen?
4. Wie gedenkt der Landkreis, dafür Sorge zu tragen, dass die fehlenden oder fehlerhaften Meldungen zeitnah nachgeholt bzw. korrigiert werden?
5. Ist der Kreisausschuss bereit, die Tagespflegepersonen zu unterstützen, sofern sie aufgrund dieser Versäumnisse des Kreis-Jugendamtes in finanzielle Not geraten oder geraten sind?
6. Wie gedenkt der Landkreis, den Kindertagespflegepersonen den durch ihn verursachten Schaden zu ersetzen und zumindest die Verzugszinsen zu übernehmen, die durch die nun verspätete Abgabe der Einkommensteuererklärungen entstehen?